

Fragen

**für die Fragestunde der 128. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. September 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	1, 2	von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	3, 4
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	18	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	5, 6
Blank, Renate (CDU/CSU)	10, 11	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	19, 20
Brunnhuber, Georg (CDU/CSU)	16, 17	Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	26, 27
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	35, 36	Lenke, Ina (FDP)	23, 24
Fischer, Dirk (Hamburg) (CDU/CSU)	14, 15	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	25, 32
Friedrich, Horst (Bayreuth) (FDP)	12, 13	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	9
Girisch, Georg (CDU/CSU)	21	Niebel, Dirk (FDP)	29
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	7, 8	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	30, 31
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	22, 28	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	33, 34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen des Programms des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit „Förderung von Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen im Ausland – Pilotprojekte Ausland“ neben den bereits geförderten drei Windkraftanlagen bei Loucná (Tschechische Republik) weitere Projekte zu fördern, und wenn ja, an welchen Standorten?
2. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, im Zuge derartiger Förderentscheidungen in Zukunft Gemeindevertretern und Bürgern vor Ort ein Mitspracherecht einzuräumen, und wie steht die Bundesregierung Befürchtungen von deutschen und tschechischen Gemeindevertretern gegenüber, welche bei der Errichtung weiterer Windkraftanlagen auf dem Erzgebirgskamm negative Auswirkungen auf die Tourismusregion Erzgebirge erwarten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Welche gegenwärtigen Mitglieder der Bundesregierung bzw. Parlamentarischen Staatssekretäre tragen politische Verantwortung für die Broschüre „Sozialhilfe. Ein Ratgeber der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Bielefeld, Sonderausgabe für die SPD-Bundestagsfraktion“ im Hinblick auf ihre damalige Mitgliedschaft in der Fraktion der SPD, und wie bewertet die Bundesregierung dies im Hinblick auf die Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seinem Interview über die Mitnahme-Mentalität der Deutschen (vgl. Bild Zeitung vom 18. September 2004)?
4. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Wie bewertet es die Bundesregierung grundsätzlich, wenn – wie im Fall der o.g. Broschüre – auf Möglichkeiten aufmerksam gemacht wird, wie Sozialansprüche geltend gemacht werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

5. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Warum beteiligt sich die Bundesregierung im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nur mit 60 Prozent an den Kosten für notwendige Maßnahmen zum Binnenhochwasserschutz, wogegen die Förderung der Hochwasserschutzmaßnahmen an der Küste bei 70 Prozent liegt?
6. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung zu einer möglichen Angleichung der Fördersätze, wie es beispielsweise ein Gesetzantrag des Landes Sachsen-Anhalt vom 11. März 2004 (Bundsratsdrucksache 205/04) vorsah?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

7. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- In welchem finanziellen Einzelumfang werden Baufortschritte an der Bundesautobahn A 6 im Abschnitt Amberg-Ost-Pfreimd im Jahr 2005 umgesetzt?
8. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Hat die von der Bundesregierung beabsichtigte Änderung der Förder- und Strukturpolitik in den neuen Bundesländern hinsichtlich einer Stärkung der Wachstumskerne und der innovativen Kompetenzen auch Auswirkungen auf die Strukturpolitik in den alten Bundesländern, insbesondere auf die ländlichen, strukturschwachen Räume in Ostbayern, und wenn ja, welche Regionalpolitik beabsichtigt die Bundesregierung künftig in den ländlichen, strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer, insbesondere in der ostbayerischen Grenzregion?
9. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Wird eine Lärmsanierung an den Schienenwegen des Bundes auf der Strecke Lichtenfels–Saalfeld im Abschnitt Redwitz a. d. Rodach–Johannisthal stattfinden, und wenn ja, wann?

- | | |
|--|--|
| 10. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Wie ist der Stand der Anpassungsvereinbarung bezüglich künftiger Schieneninfrastrukturfinanzierung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und der Deutsche Bahn AG (DB AG)? |
| 11. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Stimmt es, dass 800 Mio. Euro für Bahnprojekte zur Verfügung stehen und bisher von der DB AG nicht abgerufen wurden? |
| 12. Abgeordneter
Horst
Friedrich
(Bayreuth)
(FDP) | Wie stellt sich die Bundesregierung zu Anlaysen, die bspw. in der Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 29. März 2004 und in der vom Bundesverband der Deutschen Industrie am 22. September 2004 vorgestellten Studie geäußert wurden, wonach die DB AG den strategischen Kurs der Bahnreform verlassen habe, die wesentlichen Ziele der Bahnreform verfehlt wurden und das Unternehmen entgegen der Ziele der Bahnreform als hierarchischer, zentral geführter Konzern geleitet werde, und was beabsichtigt die Bundesregierung ggf. zu tun, um zum Kurs der Bahnreform zurückzukehren und sie erfolgreich zu beenden? |
| 13. Abgeordneter
Horst
Friedrich
(Bayreuth)
(FDP) | Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 23. September 2004 von Abgeordneten aller Fraktionen vorgebrachten Vorwurf, der Vorstandsvorsitzende des bundeseigenen Unternehmens DB AG fahre seit Monaten einen Konfrontationskurs gegen Verkehrspolitiker, Wissenschaftler, Verbandsvertreter und Bahnkundenvertreter, und wie glaubt sie, in dieser Situation eine zukunftsfähige Bahnpolitik realisieren zu können? |
| 14. Abgeordneter
Dirk
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen ihres Aufsichtsratsmandats bei der DB AG die von Bahnchef Hartmut Mehdorn in einem Schreiben an den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Michael Rogowski, gemachten Äußerungen bezüglich der verkehrspolitischen Sprecher der Fraktion der CDU/CSU, Dirk Fischer, der Fraktion der FDP, Horst Friedrich, sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Albert Schmidt? |

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Dirk
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Wie stellt sich die Bundesregierung im Rahmen ihres Aufsichtsratsmandats bei der DB AG zu der Äußerung in einem Schreiben von Bahnchef Hartmut Mehdorn an den Aufsichtsratsvorsitzenden der DB AG, Michael Frenzel, die lautet: „Wir benötigen eine gleichgerichtete Bewegung von industrieller, politischer und parlamentarischer Seite, sonst werden die, die das Gegenteil wollen, gewinnen.“? |
| 16. Abgeordneter
Georg
Brunnhuber
(CDU/CSU) | Trifft die Aussage des Artikels der „Bild Zeitung“ vom 24. September 2004, wonach der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, über eine Trennung von Bahnchef Hartmut Mehdorn nachgedacht haben soll, zu? |
| 17. Abgeordneter
Georg
Brunnhuber
(CDU/CSU) | Wie beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der jüngsten Entwicklungen bei der DB AG mit der Personalie Hartmut Mehdorn umzugehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 18. Abgeordneter
Clemens
Binniger
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung, nachdem bisherige Ermittlungen davon ausgehen, dass die Terroranschläge auf zwei russische Passagiermaschinen in der Nacht zum 25. August 2004 mit dem Sprengstoff Hexogen durchgeführt wurden, der, wie anderer Plastiksprengstoff auch, von Metalldetektoren bei der Handgepäckkontrolle an Flughäfen nicht erfasst werden kann, die verbindliche Einführung von Sprengstoffdetektoren als Handsonden für die Kontrolle des Handgepäckes auf deutschen Flughäfen, und wenn ja, ab wann werden deutsche Flughäfen mit den neuen Sprengstoffdetektoren ausgerüstet? |
| 19. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung nach wie vor ein nach Leistung und Verantwortung differenzierendes Bezahlungssystem im öffentlichen Dienst für unverzichtbar, und hält sie daran fest, das Spannungsverhältnis zwischen niedrigeren und höheren Besoldungsgruppen (sog. Spreizung) zu erhalten und auszubauen? |

20. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkung auf die sog. Spreizung der Beamtenbesoldung hätte es, wenn der Entwurf des Anpassungsausschlussgesetzes (Bundratsdrucksache 661/04) unverändert beschlossen würde, und hat die Bundesregierung alternativ geprüft, den Anpassungsausschluss etwa durch entsprechende Änderung von § 11 Bundesministergesetz umzusetzen?
21. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Mit welchen Folgen rechnet die Bundesregierung aus der bei einer Tagung der deutsch-tschechischen Expertenkommission in Prag vereinbarten Aufhebung der Nutzungsbeschränkungen hinsichtlich des Schwerlastverkehrs für bestimmte deutsch-tschechische Grenzübergänge, und mit welchen Maßnahmen im grenznahen Infrastrukturbereich beabsichtigt die Bundesregierung diesen Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass Gebietskörperschaften, wie beispielsweise die Stadt Stralsund oder die Universität Greifswald, die nach den gleichen Bodenreformverordnungen, behördlichen Anweisungen oder sowjetischen Anordnungen (SMAD-Befehle) enteignet worden sind wie private Eigentümer, zwischen 1990 und 2002 schon mehr als zwei Millionen Hektar konfisziertes Agrar- und Forstland zurückerhalten haben, während privaten ehemaligen Eigentümern ihr früheres Eigentum bis jetzt noch nicht zurückgegeben worden ist (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. September 2004)?
23. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wie werden vor dem 31. Dezember 2004 abgeschlossene Verträge für Kapitallebensversicherungen mit ermäßigtem Anfangsbeitrag bzw. mit Dynamiktarifen nach Inkrafttreten des Alterseinkünftegesetzes am 1. Januar 2005 steuerlich behandelt, und wird es für den Fall grundsätzlichen Bestandsschutzes dieser Verträge eine Deckelung der maximal möglichen regelmäßigen jährlichen Beitragserhöhungen geben?

24. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)

Werden Beiträge für bis zum 31. Dezember 2004 abgeschlossene Versorgungsverhältnisse mit Pensionskassen oder Pensionsfonds, die eine Kapitalzahlung bei Tod des Versicherungsnehmers sowohl während der Anwartschaftszeit als auch während der Leistungsphase vorsehen, auch nach dem 1. Januar 2005 nach § 3 Nr. 63 Einkommensteuergesetz weiterhin steuerfrei bleiben, oder ist eine Umstellung des Versorgungsverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Pensionskassen/Pensionsfonds, der Versorgungszusagen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der tarifvertraglichen Vereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien erforderlich, wovon mehr als 1 Million Arbeitnehmer betroffen wären?

25. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass Sparkassen von Existenzgründern neuerdings eine Gebühr verlangen, wenn sie einen Businessplan zwecks Kreditvergabe prüfen und sogar eine Gebühr entfällt, wenn der Kredit nicht gewährt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung Gebühren von bis zu 250 Euro für Arbeitslose, die sich als Ich-AG selbständig machen wollen, im Hinblick auf das Instrument der Ich-AG (WirtschaftsWoche Nr. 39)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

26. Abgeordneter
**Karl-Josef
Laumann**
(CDU/CSU)

Welche statistischen Änderungen ergeben sich für den Bestand der von der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgewiesenen Arbeitslosen durch das Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Modernisierung am Arbeitsmarkt (Hartz IV) zum 1. Januar 2005?

27. Abgeordneter
**Karl-Josef
Laumann**
(CDU/CSU)

Ist es korrekt, dass Teilnehmer an Maßnahmen nach § 16 Abs. 3 Satz 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), die hierfür 1 bis 2 Euro pro Stunde erhalten sollen, künftig aus der Arbeitslosenstatistik der BA herausfallen?

28. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Mit welchen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland rechnet die Bundesregierung im Falle eines Beitritts der Türkei in die Europäische Union?

- | | |
|--|---|
| 29. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(FDP) | Wie viele Eingliederungsvereinbarungen wurden seit der Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes geschlossen, und wie häufig wurde das Instrument Jobrotation bisher eingesetzt? |
| 30. Abgeordneter
Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Mit welchen Auswirkungen auf Verbreitung und Nutzung des Internets in Deutschland und mit welchen Zusatzkosten für die Wirtschaft rechnet die Bundesregierung im Falle einer Erhebung von Rundfunkgebühren für internetfähige Rechner ab dem 1. Januar 2007? |
| 31. Abgeordneter
Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Erhebung einer vollen Rundfunkgebühr für alle in Hotelbetrieben mit mehr als 50 Zimmern bereitgestellten Rundfunkempfangsgeräte? |
| 32. Abgeordnete
Dr. Gesine
Löttsch
(fraktionslos) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Protestforschers Professor Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin (Berliner Zeitung, 22. September 2004), der eine Umfrage unter 1025 Hartz-IV-Demonstranten durchgeführt hat und zu dem Schluss kommt, dass „es sich um eine demokratische Protestgemeinde“ handle? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

- | | |
|---|--|
| 33. Abgeordnete
Hannelore
Roedel
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass schriftlich formulierte Anliegen von Bürgern an die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel, die seit Dezember 2003 im Amt ist, über Monate hinweg nicht beantwortet werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung in dieser Sache zu unternehmen? |
| 34. Abgeordnete
Hannelore
Roedel
(CDU/CSU) | Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, dass durch die Änderung der Regelungen für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Hartz II-Reform, Firmen, die einen Mitarbeiter jeweils kurzfristig in zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren beschäftigen wollen, dies nur mit dem |

hohen bürokratischen Aufwand einer Ab- und Wiederanmeldung bei der Bundesknappschaft nach zweimonatiger Pause tun können?

35. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Schließt sich die Bundesregierung meiner Auffassung an, dass die Deutsche AIDS-Hilfe durch die im ARD-Magazin „Report“ (Sendung vom 13. September 2004, 21.45 Uhr) dokumentierte unkommentierte Veröffentlichung von Zitaten, in denen den Grundsätzen der Prävention widersprochen wird, zu einem Anstieg der Infektionszahlen beigetragen haben kann, und wenn nein, warum nicht?

36. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Deutsche AIDS-Hilfe neben der Interessenvertretung von Menschen mit HI-Infektionen auch eine Verantwortung für den Schutz von anderen, nicht infizierten Menschen hat, und wenn nein, wie erklärt sie ihre Haltung?

